



## **Ausschuss für Frauenpolitik**

### **10. Sitzung (öffentlich)**

30. März 2006

Düsseldorf - Haus des Landtags

09:30 Uhr bis 10:10 Uhr

Vorsitz: Helga Gießelmann (SPD) (Stellv. Vorsitzende)

Protokollerstellung: Uwe Scheidel

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

Seite

**1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2006 und Gesetz zur Änderung haushaltswirksamer Landesgesetze (Haushaltsstrukturgesetz 2006)**

1

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksachen 14/1000 und 14/1500  
Vorlagen 14/297, 14/341, 14/335  
Zuschriften 14/120, 14/320, 14/332, 14/363

Der Ausschuss berät abschließend über den Einzelplan 15 im Zuständigkeitsbereich des Ausschusses für Frauenpolitik. Dort wird der Einzelplan ohne Änderungen und damit in unveränderter Fassung mit Stimmenmehrheit von CDU und FDP gegen das Votum von SPD und Bündnis 90/Die Grünen angenommen.

### **2 Verschiedenes**

**a) Koalitionsantrag zum Thema „Zwangsheirat“**

**b) Anmerkung zum Ausschussprotokoll 14/154**

Zu den Unterpunkten a) und b) siehe Seite 5 des Diskussionsteils.



## Aus der Diskussion

**Vor Eintritt in die Tagesordnung** begrüßt **stellvertretende Ausschussvorsitzende Helga Gießelmann** die Anwesenden und macht darauf aufmerksam, dass laut Geschäftsordnung des Landtags Zuhörerinnen und Zuhörer während der Ausschusssitzungen weder Beifall bekunden noch Missstimmung äußern dürften.

(Die stellvertretende Vorsitzende präsentiert einen Rettungsring, den ihr nordrhein-westfälische Frauenhausinitiativen überreicht haben.)

- Die Fraueninitiativen hätten einen Lauf durch mehrere Städte in Nordrhein-Westfalen veranstaltet und sich auf diese Weise für eine sichere Unterbringung und Unterstützung von Frauen aktiv eingesetzt.

Sodann stellt die stellvertretende Ausschussvorsitzende das Benehmen über die Tagesordnung her.

### 1 **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2006 und Gesetz zur Änderung haushaltswirksamer Landesgesetze (Haushaltsstrukturgesetz 2006)**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksachen 14/1000 und 14/1500  
Vorlagen 14/297, 14/341, 14/335  
Zuschriften 14/120, 14/320, 14/332, 14/363

Beratung und Abstimmung über Einzelplan 15  
(Zuständigkeitsbereich des Ausschusses)

**Stellvertretende Ausschussvorsitzende Helga Gießelmann** teilt mit, der Ausschuss werde in der heutigen Sitzung über den Einzelplan 15 im Zuständigkeitsbereich des Ausschusses für Frauenpolitik abschließend beraten und abstimmen. Änderungsanträge zu anderen Einzelplänen, die frauenpolitisch relevant seien, nehme der Ausschuss zur Kenntnis. Falls gewünscht könne darüber ebenfalls beraten werden. Abgestimmt werde jedoch im jeweiligen Fachausschuss.

Das Ausschusssekretariat habe die Änderungsanträge als Tischvorlage zur Kenntnisnahme übermittelt - Die Tischvorlage unter Berücksichtigung der Abstimmungsergebnisse ist diesem Ausschussprotokoll als **Anlage** beigefügt.

**Armin Laschet, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration** erstattet dem Ausschuss folgenden Bericht:

Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren! Mit der Landtagsdrucksache 14/1500 hat die Landesregierung Ihnen eine Ergänzungsvorlage zum Haushaltsgesetz 2006 vorgelegt.

Die Gründe für diese Ergänzungsvorlage ergeben sich aus unterschiedlichsten Veränderungen bei Einnahmen und Ausgaben gegenüber dem im Januar eingebrachten Haushaltsentwurf. Die vorgenannten Änderungen/Korrekturen auf Einnahme- und Ausgabeseite führen zu einer Absenkung des Haushaltsvolumens in Höhe von 34.481.100 €. Eine Veränderung der Nettoneuverschuldung ist damit nicht verbunden, da die Mindereinnahmen durch entsprechende Minderausgaben ausgeglichen werden. Die eigenfinanzierten Investitionen erhöhen sich um 11 Millionen €. Die gemäß Artikel 83 Absatz 2 LV für den Regelfall maximal zulässige Kreditaufnahme wird infolgedessen um 2.579.400 € überschritten.

Der Haushalt des MGFFI, den wir heute beraten, ist mit einer Erhöhung des Haushaltsansatzes für die Förderung von Einrichtungen der Familienbildung nach den Vorschriften des Weiterbildungsgesetzes - Kapitel 15 055, Titelgruppe 64 - um 300.000 € betroffen. Durch den Ablauf von Übergangsfristen sind vier weitere Einrichtungen der Familienbildung ab dem Jahr 2006 in die gesetzliche Förderung einzubeziehen. Das war der Grund für diese Änderung.

Mit der Ergänzungsvorlage werden - wie dem Landtag schon per handschriftlicher Vorlage unmittelbar berichtet - auch die haushaltsneutralen Korrekturen der redaktionellen Versehen im Kapitel 15 035 - Gleichstellung von Frau und Mann - übersandt. Die Korrekturen entsprechen exakt dem, was wir hier am 9. März vorgelegt haben. Ferner wurde mit der Ergänzungsvorlage im Einzelplan 15 eine im Zuge der Regierungsneubildung zum 31. Dezember 2005 kw gestellte Stelle des mittleren Dienstes abgesetzt.

Zur Umsetzung der Ergebnisse der Steuerschätzung im Mai 2006 ist beabsichtigt, dem Landtag eine 2. Ergänzungsvorlage zum Haushaltsentwurf 2006 zuzuleiten, die wir rechtzeitig vor der 3. Lesung hier ins Verfahren bekommen.

Der **Ausschuss** wendet sich sodann der **Einzelabstimmung** über die Anträge zu:

### **Anträge laufende Nummern 1 und 2**

**Gerda Kieninger (SPD)** teilt mit, insbesondere gehe es ihr um Mittel für die Projektarbeit und die Landesfachstelle „Keine Gewalt gegen Frauen und Mädchen“, deren Vernetzungsarbeit im Lande wichtig gewesen sei. - Die vierte Stelle - zur psychologischen Betreuung der Bewohnerinnen eines Frauenhauses - müsse erhalten bleiben. - Da der Antrag der Grünen-Fraktion zwar detaillierter aufgeschlüsselt sei, aber ansonsten inhaltsgleich mit dem Antrag ihrer Fraktion, sollten die Anträge laufende Nummern 1 und 2 als gemeinsamer Antrag verabschiedet werden.

Deckungsvorschläge würden im Haushalts- und Finanzausschuss eingebracht, zumal solche Vorschläge wegen des geringen Volumens nicht über eine gegenseitige Deckung im „Frauenhaushalt“ selber erbracht werden könnten.



Über die Bedeutung der vierten Stelle im Frauenhaus, erinnert **Barbara Steffens (GRÜNE)**, habe der Ausschuss in der vorigen Sitzung intensiv beraten. Sie halte es für nach wie vor nicht vertretbar, dass diese Stelle gestrichen wird. Weitere Punkte habe ihre Fraktion in der Antragsbegründung aufgelistet, so zum Beispiel das Thema „Zwangsheirat“. - Antworten fehlten bisher.

Deckungsvorschläge, so die Abgeordnete, habe ihre Fraktion über sämtliche Haushalte gemacht. Allerdings würden solche Deckungsvorschläge auch in anderen Bereichen ressortieren und deshalb in Gänze im Haushalts- und Finanzausschuss besprochen. Außerdem seien die Deckungsvorschläge ihrer Fraktion im Internet einsehbar.

Die **Anträge laufende Nummern 1 und 2** werden mit Stimmenmehrheit von CDU und FDP gegen das Votum von SPD und Bündnis 90/Die Grünen **abgelehnt**.

#### **Anträge laufende Nummern 3 und 4**

Ihre Fraktion, so **Gerda Kieninger (SPD)**, könne dem Antrag der Grünen-Fraktion (laufende Nummer 3) deshalb nicht zustimmen, weil dort eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 50.000 DM zur Deckung herangezogen werde. - Demgegenüber habe ihre Fraktion einen sehr genau berechneten Deckungsvorschlag eingebracht.

**Barbara Steffens (GRÜNE)** schlägt vor, zunächst über die Baransätze und anschließend über die Verpflichtungsermächtigung abzustimmen. Über die Notwendigkeit der Erhöhung sei in der letzten Ausschusssitzung ausführlich diskutiert worden.

Die **Erhöhung des Baransatzes** um 532.600 € im Kapitel 15 035, Aufgabengebiet Gleichstellung von Frau und Mann, Titelgruppe 62, Frau und Beruf, Titel 633 62, wird mit Stimmenmehrheit von CDU und FDP gegen das Votum von SPD und Bündnis 90/Die Grünen **abgelehnt**.

Die im laufenden Antrag Nummer 3 ausgebrachte **Verpflichtungsermächtigung** in Höhe von 50.000 € wird mit Stimmenmehrheit von CDU und FDP gegen das Votum der Grünen-Fraktion bei Enthaltung durch die SPD-Fraktion **abgelehnt**.

#### **Anträge laufende Nummern 5 und 6**

Der **Ausschuss lehnt** die **Anträge laufende Nummern 5 und 6** ohne weitere Aussprache mit Stimmenmehrheit von CDU und FDP gegen das Votum von SPD und Bündnis 90/Die Grünen **ab**.

### **Anträge laufende Nummern 7 und 8**

Die **Anträge** laufende Nummern 7 und 8 werden ohne weitere Aussprache mit Stimmenmehrheit von CDU und FDP gegen das Votum von SPD und Bündnis 90/Die Grünen **abgelehnt**.

### **Anträge laufende Nummern 9 und 10**

**Barbara Steffens (GRÜNE)** teilt mit, zunächst habe ihre Fraktion eine Überrollung anvisiert. Mittlerweile beabsichtige jedoch das Ministerium, in einigen Positionen eine Erhöhung durchzuführen. Wegen der aus ihrer Sicht erhaltenswerte Aktivitäten und der vom Ministerium ins Auge gefassten Erhöhung von Ansätzen falle der Ansatz höher als ursprünglich vorgesehen aus.

Der **Antrag laufende Nummer 9** wird mit Stimmenmehrheit von CDU und FDP gegen das Votum der Grünen-Fraktion bei Enthaltung durch die SPD-Fraktion **abgelehnt**.

Der **Antrag laufende Nummer 10** wird mit Stimmenmehrheit von CDU und FDP gegen das Votum von SPD und Bündnis 90/Die Grünen **abgelehnt**.

Der **Ausschuss** wendet sich sodann der **Befassung** mit den **Anträgen laufende Nummern 11 bis 13** zu, die er nur **nachrichtlich** behandelt.

**Gerda Kieninger (SPD)** führt aus, die Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten an den Hochschulen dürfe nicht durch Kürzungen gefährdet werden. - Der Antrag ihrer Fraktion in der gestrigen AGS-Sitzung zur Koordinierungsstelle Frau und Gesundheit habe dort keine Mehrheit bekommen. Der hiesige Ausschuss solle darüber informiert werden, dass ihre Fraktion diese Stelle gerne erhalten hätte. Vernetzung insbesondere im Aufklärungsbereich sei nach wie vor erforderlich.

Die Aufgaben, die anderweitig erfüllt werden sollten, könnten von den nunmehr damit betrauten Stellen nicht mehr in der gewohnten Weise wahrgenommen werden.

**Barbara Steffens (GRÜNE)** ergänzt, ihre Fraktion habe auch zu anderen frauenspezifischen Bereichen in anderen Einzelplänen Anträge gestellt, die allerdings in den jeweiligen Fachausschüssen beraten würden. Im Anschluss an die Haushaltsplanberatungen könne im Frauenausschuss eine Gesamtbilanz für die Frauen in Nordrhein-Westfalen vorgenommen werden.

Der **Einzelplan 15** im **Zuständigkeitsbereich des Ausschusses für Frauenpolitik** wird mit Stimmenmehrheit von CDU und FDP gegen das Votum von SPD und Bündnis 90/Die Grünen in unveränderter Fassung **angenommen**.

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 15  
im Ausschuss für Frauenpolitik  
zum Haushaltsgesetz 2006**

Sachhaushalt

Anlage zu Vorlage 14/424

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (eventuell Begründung)	Abstimmungsergebnis																										
1	Bündnis 90/Die Grünen	<p><b>Kapitel 15 035      Aufgabengebiet Gleichstellung von Frau und Mann</b>  <b>Titelgruppe 61      Beratungseinrichtungen für Frauen und Schutz vor Gewalt gegen Frauen</b></p> <p><b>Titel 684 61      Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale und ähnliche Einrichtungen</b></p> <p>Erhöhung des Ansatzes um <b>2.957.800 Euro</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; text-align: center;"><b>2006</b></td> <td style="width: 50%; text-align: center;"><b>Ansatz lt. HH 2005</b></td> </tr> <tr> <td>von 11.681.200 Euro</td> <td>von 14.639.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 2.957.800 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 14.639.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><u>Änderung der Erläuterung</u>  Maßnahme:</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 80%;">1. Zuschüsse zu den Personalausgaben an Träger von Zufluchtsstätten für misshandelte Frauen</td> <td style="text-align: right;">+ 2.360.600</td> </tr> <tr> <td>2. Zuschüsse für Maßnahmen zum Thema "Sexualisierte Gewalt gegen Frauen und Mädchen"</td> <td style="text-align: right;">+ 76.800</td> </tr> <tr> <td>3. Zuschüsse zu den Personal- und Sachausgaben von Fraueninitiativen, die gegen sexualisierte Gewalt an Mädchen und Frauen tätig sind</td> <td style="text-align: right;">+ 75.000</td> </tr> <tr> <td>4. Zuschüsse zu den Personal- und Sachausgaben an die Träger von Frauenberatungsstellen</td> <td style="text-align: right;">-</td> </tr> <tr> <td>5. Zuschüsse zu den Personal- und Sachausgaben an die Träger von spezialisierten Beratungs-</td> <td></td> </tr> </table>	<b>2006</b>	<b>Ansatz lt. HH 2005</b>	von 11.681.200 Euro	von 14.639.000 Euro	um 2.957.800 Euro		auf 14.639.000 Euro		1. Zuschüsse zu den Personalausgaben an Träger von Zufluchtsstätten für misshandelte Frauen	+ 2.360.600	2. Zuschüsse für Maßnahmen zum Thema "Sexualisierte Gewalt gegen Frauen und Mädchen"	+ 76.800	3. Zuschüsse zu den Personal- und Sachausgaben von Fraueninitiativen, die gegen sexualisierte Gewalt an Mädchen und Frauen tätig sind	+ 75.000	4. Zuschüsse zu den Personal- und Sachausgaben an die Träger von Frauenberatungsstellen	-	5. Zuschüsse zu den Personal- und Sachausgaben an die Träger von spezialisierten Beratungs-		<p><b>abgelehnt</b> (gemeinsam mit lfd. Nr. 2 abgestimmt)</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 70%;">CDU</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	ja	GRÜNE	ja	FDP	nein
<b>2006</b>	<b>Ansatz lt. HH 2005</b>																												
von 11.681.200 Euro	von 14.639.000 Euro																												
um 2.957.800 Euro																													
auf 14.639.000 Euro																													
1. Zuschüsse zu den Personalausgaben an Träger von Zufluchtsstätten für misshandelte Frauen	+ 2.360.600																												
2. Zuschüsse für Maßnahmen zum Thema "Sexualisierte Gewalt gegen Frauen und Mädchen"	+ 76.800																												
3. Zuschüsse zu den Personal- und Sachausgaben von Fraueninitiativen, die gegen sexualisierte Gewalt an Mädchen und Frauen tätig sind	+ 75.000																												
4. Zuschüsse zu den Personal- und Sachausgaben an die Träger von Frauenberatungsstellen	-																												
5. Zuschüsse zu den Personal- und Sachausgaben an die Träger von spezialisierten Beratungs-																													
CDU	nein																												
SPD	ja																												
GRÜNE	ja																												
FDP	nein																												

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (eventuell Begründung)	Abstimmungsergebnis
noch 1		<p>einrichtungen -</p> <p>6. Zuschüsse zur Schaffung geschützter Wohnsituationen für von Menschenhandel betroffene Mädchen und Frauen -</p> <p>7. Umsetzung des Landesaktionsplanes, Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen sowie Förderung von Maßnahmen zur Prävention + 245.400</p> <p>8. Förderung der Landesfachstelle "Keine Gewalt gegen Frauen und Mädchen" + 200.000</p> <p><b>Zu Unterteil 2:</b> Die Erläuterung zu Unterteil 2 wird wie folgt geändert: "Veranschlagt für Maßnahmen zur Bekämpfung von Zwangsheirat, u.a. für Zuschüsse zu den Personal- und Sachausgaben an Träger für Zufluchtsstätten für von Zwangsheirat bedrohte oder betroffene Mädchen und junge Frauen."</p> <p><b><u>Begründung:</u></b></p> <p><b>Zu Unterteil 1:</b> Veranschlagt für die Förderung von Frauenhäusern. Die Mittel sind zur Überrollung des Titels vorgesehen, um die Förderung von 4 Personalstellen unverändert fortsetzen zu können.</p> <p><b>Zu Unterteil 2:</b> Veranschlagt für Maßnahmen zur Bekämpfung von Zwangsheirat. Die Mittel sind zur Überrollung des Titels vorgesehen und dienen der Umsetzung eines umfassenden Handlungskonzeptes gegen Zwangsheirat. Bestandteil dieses Konzeptes ist auch die finanzielle Unterstützung von überregionalen Zufluchtsstätten für von Zwangsheirat bedrohte oder betroffene Mädchen und junge Frauen. Die Erläuterung zum Unterteil 2 wird wie folgt geändert: "Veranschlagt für Maßnahmen zur Bekämpfung von Zwangsheirat, u.a. für Zuschüsse zu den Personal- und Sachausgaben an Träger für Zufluchtsstätten für von Zwangsheirat bedrohte oder betroffene Mädchen und junge Frauen."</p> <p><b>Zu Unterteil 3:</b> Veranschlagt für die Fraueninitiativen, die Mädchen und Frauen Hilfen nach sexualisierter Gewalt</p>	

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (eventuell Begründung)	Abstimmungsergebnis
noch 1		<p>anbieten (Notrufe und Wildwasser) und entsprechende Stellen bei den Frauenberatungsstellen. Die vorgesehene Überrollung des Titels dient der Fortsetzung der Arbeit in den Beratungseinrichtungen im bisherigen Umfang. Darüber hinaus kann das Ziel realisiert werden, eine flächendeckende Angebotsstruktur für Frauen in einzelnen unterversorgten Kreisen vorzuhalten.</p> <p><b>Zu Unterteil 4:</b> Wie im Entwurf der Landesregierung.</p> <p><b>Zu Unterteil 5:</b> Wie im Entwurf der Landesregierung.</p> <p><b>Zu Unterteil 6:</b> Wie im Entwurf der Landesregierung.</p> <p><b>Zu Unterteil 7:</b> Veranschlagt für die Umsetzung des Landesaktionsplans sowie die Förderung von Maßnahmen in den Bereichen "Gewalt gegen Frauen" und Prävention" (z.B. Fortbildungsveranstaltungen, Modellvorhaben, Projekte, Vernetzung). Die Mittel dienen der Überrollung des Titels, um die Arbeit in den genannten Bereichen im bisherigen Umfang fortzusetzen.</p> <p><b>Zu Unterteil 8:</b> Die Mittel dienen bis Ende 2005 der Förderung der Landesfachstelle "Keine Gewalt gegen Frauen und Mädchen". Der Titel soll überrollt werden, damit die Landesfachstelle ihre unverzichtbare Arbeit im Bereich Koordination, Öffentlichkeitsarbeit, Vernetzung und Fortbildung wieder aufnehmen kann.</p>	

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (eventuell Begründung)	Abstimmungsergebnis												
2	SPD	<p><b>Kapitel 15 035</b>      <b>Aufgabengebiet Gleichstellung von Frau und Mann</b>  <b>Titelgruppe 61</b>      <b>Beratungseinrichtungen für Frauen und Schutz vor Gewalt gegen Frauen</b></p> <p><b>Titel 684 61</b>      <b>Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale und ähnliche Einrichtungen</b></p> <p>Erhöhung des Ansatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;"></td> <td style="text-align: center;"><b>2006</b></td> <td style="text-align: center;"><b>Ansatz lt. HH 2005</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">11.681.200 Euro</td> <td style="text-align: right;">14.639.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">2.957.800 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">14.639.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b><u>Begründung:</u></b>  Die Träger der geförderten Beratungs- und Schutzeinrichtungen sind in aller Regel nicht in der Lage, den Ausfall von Landesmitteln zu kompensieren, so dass mit der Kürzung der Zuschüsse zwangsläufig eine Einschränkung der Beratungsleistung und der Aufnahme- und Betreuungskapazität einhergeht. Davon sind in der Regel nicht nur die Frauen selbst sondern auch die im Haushalt lebenden minderjährigen Kinder betroffen.  Aus diesem Grund ist eine Kürzung der ebenfalls aus dieser Haushaltsstelle finanzierten Maßnahmen, Ausgaben und Vernetzungsaktivitäten unangemessen.  Auch der Träger der Landesfachstelle in Dortmund ist nicht in der Lage, den Ausfall der 100%igen Landesförderung zu kompensieren, die Einrichtung befindet sich in der Abwicklung, die ehemaligen Mitarbeiterinnen sind z. Z. arbeitslos. Mit der Schließung wird eine fast 2-jährige Aufbauarbeit</p>		<b>2006</b>	<b>Ansatz lt. HH 2005</b>	von	11.681.200 Euro	14.639.000 Euro	um	2.957.800 Euro		auf	14.639.000 Euro		vgl. Antrag lfd. Nr. 1
	<b>2006</b>	<b>Ansatz lt. HH 2005</b>													
von	11.681.200 Euro	14.639.000 Euro													
um	2.957.800 Euro														
auf	14.639.000 Euro														

## Anlage zu Vorlage 14/424

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (eventuell Begründung)	Abstimmungsergebnis
noch 2		vernichtet, aufgebaute Netzwerke zerstört und damit die wichtigen Koordinierungsfunktionen, die Doppelarbeit in den Einrichtungen vermieden haben, aufgegeben. Nur eine kurzfristige Entscheidung kann die Koordinierungsstelle wiederbeleben, zu einem späteren Zeitpunkt wäre erneut erhebliche Aufbauarbeit erforderlich.	

## Anlage zu Vorlage 14/424

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (eventuell Begründung)	Abstimmungsergebnis																																																								
3	BÜNDNIS 90/DIE Fraktion	<p><b>Kapitel 15 035      Aufgabengebiet Gleichstellung von Frau und Mann</b>  <b>Titelgruppe 62      Frauen und Beruf</b>  <b>Titel 633 62        Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände</b></p> <p>Erhöhung des Ansatzes um <b>532.600 Euro</b></p> <table data-bbox="443 662 1680 861"> <thead> <tr> <th></th> <th>2006</th> <th></th> <th>Ansatz lt. HH 2005</th> <th></th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>von</td> <td>2.130.500</td> <td>Euro</td> <td>2.663.100</td> <td>Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>532.600</td> <td>Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>2.663.100</td> <td>Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> </tbody> </table> <p>Erhöhung der Verpflichtungsermächtigung um <b>50.000 Euro</b></p> <table data-bbox="443 965 1680 1197"> <thead> <tr> <th></th> <th>2006</th> <th></th> <th>Ansatz lt. HH 2005</th> <th></th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>von</td> <td>100.000</td> <td>Euro</td> <td>150.000</td> <td>Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>50.000</td> <td>Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>150.000</td> <td>Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> </tbody> </table>		2006		Ansatz lt. HH 2005		von	2.130.500	Euro	2.663.100	Euro	um	532.600	Euro			auf	2.663.100	Euro				2006		Ansatz lt. HH 2005		von	100.000	Euro	150.000	Euro	um	50.000	Euro			auf	150.000	Euro			<p><b>1. Einzelabstimmung über Baransatz gemeinsam mit lfd. Nr. 4</b></p> <p><b>abgelehnt</b></p> <table data-bbox="1713 694 1960 829"> <tr><td>CDU</td><td>nein</td></tr> <tr><td>SPD</td><td>ja</td></tr> <tr><td>GRÜNE</td><td>ja</td></tr> <tr><td>FDP</td><td>nein</td></tr> </table> <p><b>2. Einzelabstimmung über VE:</b></p> <p><b>abgelehnt</b></p> <table data-bbox="1713 1061 1960 1197"> <tr><td>CDU</td><td>nein</td></tr> <tr><td>SPD</td><td>Enth.</td></tr> <tr><td>GRÜNE</td><td>ja</td></tr> <tr><td>FDP</td><td>nein</td></tr> </table>	CDU	nein	SPD	ja	GRÜNE	ja	FDP	nein	CDU	nein	SPD	Enth.	GRÜNE	ja	FDP	nein
	2006		Ansatz lt. HH 2005																																																								
von	2.130.500	Euro	2.663.100	Euro																																																							
um	532.600	Euro																																																									
auf	2.663.100	Euro																																																									
	2006		Ansatz lt. HH 2005																																																								
von	100.000	Euro	150.000	Euro																																																							
um	50.000	Euro																																																									
auf	150.000	Euro																																																									
CDU	nein																																																										
SPD	ja																																																										
GRÜNE	ja																																																										
FDP	nein																																																										
CDU	nein																																																										
SPD	Enth.																																																										
GRÜNE	ja																																																										
FDP	nein																																																										



Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (eventuell Begründung)	Abstimmungsergebnis
noch 3		<p><b><u>Begründung:</u></b>  Die Mittel sind veranschlagt zur Förderung der Regionalstellen "Frau und Beruf". Die Regionalstellen haben die Aufgaben, die berufliche Gleichstellung von Frau und Mann durch gezielte Maßnahmen der Information, Beratung und Öffentlichkeitsarbeit zu fördern. Darüber hinaus nehmen die Regionalstellen Aufgaben im Rahmen der betrieblichen Frauenförderung, der beruflichen Wiedereingliederung von Frauen, der beruflichen Weiterbildung im Bereich neuer Technologien und der Verbesserung der Ausbildungs- und Beschäftigungssituation junger Frauen wahr. Nicht zuletzt bringen die Regionalstellen frauenspezifische Interessen in die regionalisierte Strukturpolitik ein. Mit dieser Zielrichtung, Effizienz und in der hier dargestellten Bündelung kann die Aufgabenvielfalt der Regionalstellen nicht von anderen Strukturen übernommen werden.  Die Überrollung des Titels dient zur Fortführung der Aufgaben der Regionalstellen im bisherigen Umfang.</p>	

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (eventuell Begründung)	Abstimmungsergebnis												
4	SPD	<p><b>Kapitel 15 035      Aufgabengebiet Gleichstellung von Frau und Mann</b>  <b>Titelgruppe 62      Frauen und Beruf</b>  <b>Titel 633 62        Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände</b></p> <p>Erhöhung des Ansatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;"></td> <td style="text-align: center;"><b>2006</b></td> <td style="text-align: center;"><b>Ansatz lt. HH 2005</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">2.130.500 Euro</td> <td style="text-align: right;">2.663.100 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">532.600 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">2.663.100 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b>  Die Regionalstellen "Frau und Beruf" leisten mit ihrem breit angelegten Angebot im Bereich der Berufsfindung von Mädchen und jungen Frauen, der Gründungsberatung, der Mittelstandsförderung, der Wiedereingliederung in den Beruf und der dafür erforderlichen Qualifizierung, der Herstellung der betrieblichen Chancengleichheit für Frauen, der Erschließung der Berufsbilder im Bereich der neuen Technologien für Frauen und der Vernetzung von Akteuren, die im Bereich der beruflichen Frauenförderung tätig sind, einen unverzichtbaren Beitrag zur Verbesserung der beruflichen Situation von Frauen. Sie verknüpfen damit die Bereiche Frauen-, Wirtschafts- und Arbeitsmarkt- und Strukturpolitik - oftmals auch durch Einsatz von EU-Fördermitteln zur Umsetzung von Zielen und Programmen auf europäischer Ebene.  Alleinstellungsmerkmal der Regionalstellen ist dabei die Bündelung einer Vielzahl von Aufgaben, die es ermöglicht, Akteure zu Vernetzen, Knowhow zu transferieren und Doppelarbeit zu vermeiden. Für Ihre Beratungsarbeit wurden die Regionalstellen von der Stiftung Warentest mit "sehr gut" bewertet.</p>		<b>2006</b>	<b>Ansatz lt. HH 2005</b>	von	2.130.500 Euro	2.663.100 Euro	um	532.600 Euro		auf	2.663.100 Euro		vgl. Einzelabstimmung zum Baransatz Antrag lfd. Nr. 3
	<b>2006</b>	<b>Ansatz lt. HH 2005</b>													
von	2.130.500 Euro	2.663.100 Euro													
um	532.600 Euro														
auf	2.663.100 Euro														

## Anlage zu Vorlage 14/424

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (eventuell Begründung)	Abstimmungsergebnis
noch 4		Eine Reduzierung der Regionalstellen oder gar eine Verlagerung von Aufgaben auf andere Träger würde gerade diese Koordinierung mittelfristig unmöglich machen und damit individuellen Mehraufwand bei allen Beteiligten generieren. Die Regionalstellen müssen daher in der bisherigen Form weitergeführt und auch finanziert werden.	

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (eventuell Begründung)	Abstimmungsergebnis																				
5	SPD	<p><b>Kapitel 15 035      Aufgabengebiet Gleichstellung von Frau und Mann</b>  <b>Titelgruppe 62      Frauen und Beruf</b>  <b>Titel 684 62        Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale und ähnliche Einrichtungen</b></p> <p>Erhöhung des Ansatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;"></td> <td style="text-align: center; width: 30%;"><b>2006</b></td> <td style="text-align: center; width: 30%;"><b>Ansatz lt. HH 2005</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">300.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">375.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">75.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">375.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b><u>Begründung:</u></b>  Die Regionalstellen "Frau und Beruf" leisten mit ihrem breit angelegten Angebot im Bereich der Berufsfindung von Mädchen und jungen Frauen, der Gründungsberatung, der Mittelstandsförderung, der Wiedereingliederung in den Beruf und der dafür erforderlichen Qualifizierung, der Herstellung der betrieblichen Chancengleichheit für Frauen, der Erschließung der Berufsbilder im Bereich der neuen Technologien für Frauen und der Vernetzung von Akteuren, die im Bereich der beruflichen Frauenförderung tätig sind, einen unverzichtbaren Beitrag zur Verbesserung der beruflichen Situation von Frauen. Sie verknüpfen damit die Bereiche Frauen-, Wirtschafts- und Arbeitsmarkt- und Strukturpolitik - oftmals auch durch Einsatz von EU-Fördermitteln zur Umsetzung von Zielen und Programmen auf europäischer Ebene.</p>		<b>2006</b>	<b>Ansatz lt. HH 2005</b>	von	300.000 Euro	375.000 Euro	um	75.000 Euro		auf	375.000 Euro		<p><b>abgelehnt</b> (gemeinsam mit lfd. Nr. 6 abgestimmt)</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 70%;">CDU</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	ja	GRÜNE	ja	FDP	nein
	<b>2006</b>	<b>Ansatz lt. HH 2005</b>																					
von	300.000 Euro	375.000 Euro																					
um	75.000 Euro																						
auf	375.000 Euro																						
CDU	nein																						
SPD	ja																						
GRÜNE	ja																						
FDP	nein																						

## Anlage zu Vorlage 14/424

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (eventuell Begründung)	Abstimmungsergebnis
noch 5		<p>Alleinstellungsmerkmal der Regionalstellen ist dabei die Bündelung einer Vielzahl von Aufgaben, die es ermöglicht, Akteure zu Vernetzen, Knowhow zu transferieren und Doppelarbeit zu vermeiden. Für Ihre Beratungsarbeit wurden die Regionalstellen von der Stiftung Warentest mit "sehr gut" bewertet. Eine Reduzierung der Regionalstellen oder gar eine Verlagerung von Aufgaben auf andere Träger würde gerade diese Koordinierung mittelfristig unmöglich machen und damit individuellen Mehraufwand bei allen Beteiligten generieren. Die Regionalstellen müssen daher in der bisherigen Form weitergeführt und auch finanziert werden.</p>	

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (eventuell Begründung)	Abstimmungsergebnis																								
6	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	<p><b>Kapitel 15 035      Aufgabengebiet Gleichstellung von Frau und Mann</b>  <b>Titelgruppe 62      Frauen und Beruf</b>  <b>Titel 684 62        Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale und ähnliche Einrichtungen</b></p> <p>Erhöhung des Ansatzes um <b>75.000 Euro</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <thead> <tr> <th style="width: 10%;"></th> <th style="width: 20%; text-align: center;">2006</th> <th style="width: 10%;"></th> <th style="width: 20%; text-align: center;">Ansatz lt. HH 2005</th> <th style="width: 10%;"></th> <th style="width: 20%;"></th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">300.000</td> <td style="text-align: right;">Euro</td> <td style="text-align: right;">375.000</td> <td style="text-align: right;">Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">75.000</td> <td style="text-align: right;">Euro</td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">375.000</td> <td style="text-align: right;">Euro</td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> </tbody> </table> <p><b><u>Begründung:</u></b>  Die Mittel sind teilweise veranschlagt zur Förderung der Regionalstellen "Frau und Beruf".  Die Überrollung des Titels dient zur Fortführung der Aufgaben der Regionalstellen sowie weiterer Maßnahmen die aus diesem Titel gefördert werden im bisherigen Umfang.</p>		2006		Ansatz lt. HH 2005			von	300.000	Euro	375.000	Euro		um	75.000	Euro				auf	375.000	Euro				vgl. Antrag lfd. Nr. 5
	2006		Ansatz lt. HH 2005																								
von	300.000	Euro	375.000	Euro																							
um	75.000	Euro																									
auf	375.000	Euro																									



## Anlage zu Vorlage 14/424

Lfd. Nr. des Antrags	Antrag- steller (Fraktion/ en)	Antrag (eventuell Begründung)	Abstimmungs- ergebnis
noch 7		würde gerade diese Koordinierung mittelfristig unmöglich machen und damit individuellen Mehraufwand bei allen Beteiligten generieren. Die Regionalstellen müssen daher in der bisherigen Form weitergeführt und auch finanziert werden.	



Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (eventuell Begründung)	Abstimmungsergebnis																								
8	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	<p><b>Kapitel 15 035      Aufgabengebiet Gleichstellung von Frau und Mann</b>  <b>Titelgruppe 62      Frauen und Beruf</b>  <b>Titel 686 62        Zuschüsse für laufende Zwecke an Sonstige</b></p> <p>Erhöhung des Ansatzes um <b>345.600 Euro</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <thead> <tr> <th style="width: 10%;"></th> <th style="width: 20%; text-align: center;">2006</th> <th style="width: 10%;"></th> <th style="width: 20%; text-align: center;">Ansatz lt. HH 2005</th> <th style="width: 10%;"></th> <th style="width: 10%;"></th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">1.082.300</td> <td style="text-align: right;">Euro</td> <td style="text-align: right;">1.427.900</td> <td style="text-align: right;">Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">345.600</td> <td style="text-align: right;">Euro</td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">1.427.900</td> <td style="text-align: right;">Euro</td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> </tbody> </table> <p><b><u>Begründung:</u></b>  Die Mittel sind teilweise veranschlagt zur Förderung der Regionalstellen "Frau und Beruf". Darüber hinaus dienen sie der Entwicklung und Durchführung von Modellmaßnahmen und innovativen Maßnahmen sowie für Zuschüsse zu Untersuchungsvorhaben und Forschungsvorhaben. Enthalten sind auch Mittel für die Landesinitiative "Chancengleichheit im Beruf" mit dem Ziel, die berufliche Chancengleichheit von Frauen in der Privatwirtschaft zu fördern.  Die Überrollung des Titels dient zur Fortführung der oben genannten Aufgaben im bisherigen Umfang. NRW liegt mit seiner Frauenerwerbsquote unterhalb des Bundesdurchschnitts und es bedarf vermehrter Anstrengungen diese anzuheben.</p>		2006		Ansatz lt. HH 2005			von	1.082.300	Euro	1.427.900	Euro		um	345.600	Euro				auf	1.427.900	Euro				vgl. Antrag lfd. Nr. 7
	2006		Ansatz lt. HH 2005																								
von	1.082.300	Euro	1.427.900	Euro																							
um	345.600	Euro																									
auf	1.427.900	Euro																									

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (eventuell Begründung)	Abstimmungsergebnis																																																																
9		<p><b>Kapitel 15 035</b>      <b>Aufgabengebiet Gleichstellung von Frau und Mann</b>  <b>Titelgruppe 63</b>      <b>Maßnahmen zur Förderung der Gleichstellung von Frau und Mann in der Gesellschaft</b></p> <p><b>Titel 684 63</b>      <b>Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale und ähnliche Einrichtungen</b></p> <p>Erhöhung des Ansatzes um <b>247.700</b> Euro</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;"></td> <td style="width: 30%; text-align: center;"><b>2006</b></td> <td style="width: 30%;"></td> <td style="width: 10%;"></td> <td style="width: 30%; text-align: center;"><b>Ansatz lt. HH 2005</b></td> <td style="width: 10%;"></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">902.200</td> <td>Euro</td> <td></td> <td style="text-align: right;">1.140.300</td> <td>Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">247.700</td> <td>Euro</td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">1.149.900</td> <td>Euro</td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p>Erhöhung der Verpflichtungsermächtigung um <b>20.000</b> Euro</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;"></td> <td style="width: 30%; text-align: center;"><b>2006</b></td> <td style="width: 30%;"></td> <td style="width: 10%;"></td> <td style="width: 30%; text-align: center;"><b>Ansatz lt. HH 2005</b></td> <td style="width: 10%;"></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">50.000</td> <td>Euro</td> <td></td> <td style="text-align: right;">70.000</td> <td>Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">20.000</td> <td>Euro</td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">70.000</td> <td>Euro</td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p><u>Änderung der Erläuterungen</u></p> <p>Maßnahme:</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 70%;"></td> <td style="width: 30%; text-align: right;"><b>Erhöhung um:</b></td> </tr> <tr> <td>1. Koordinierungsstelle für die berufliche Integration von Prostituierten</td> <td style="text-align: right;">-</td> </tr> <tr> <td>2. Zuschüsse zu Maßnahmen für Frauen und Mädchen mit Behinderungen</td> <td style="text-align: right;">-</td> </tr> <tr> <td>3. Zuschüsse zu Maßnahmen zur Aktivierung von Frauen in Schwerpunktbereichen der Frauenpolitik u.a. im ehrenamtlichen Bereich</td> <td style="text-align: right;">+ 247.700</td> </tr> </table>		<b>2006</b>			<b>Ansatz lt. HH 2005</b>		von	902.200	Euro		1.140.300	Euro	um	247.700	Euro				auf	1.149.900	Euro					<b>2006</b>			<b>Ansatz lt. HH 2005</b>		von	50.000	Euro		70.000	Euro	um	20.000	Euro				auf	70.000	Euro					<b>Erhöhung um:</b>	1. Koordinierungsstelle für die berufliche Integration von Prostituierten	-	2. Zuschüsse zu Maßnahmen für Frauen und Mädchen mit Behinderungen	-	3. Zuschüsse zu Maßnahmen zur Aktivierung von Frauen in Schwerpunktbereichen der Frauenpolitik u.a. im ehrenamtlichen Bereich	+ 247.700	<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">CDU</td> <td style="width: 40%;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td>Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>nein</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	Enth.	GRÜNE	ja	FDP	nein
	<b>2006</b>			<b>Ansatz lt. HH 2005</b>																																																															
von	902.200	Euro		1.140.300	Euro																																																														
um	247.700	Euro																																																																	
auf	1.149.900	Euro																																																																	
	<b>2006</b>			<b>Ansatz lt. HH 2005</b>																																																															
von	50.000	Euro		70.000	Euro																																																														
um	20.000	Euro																																																																	
auf	70.000	Euro																																																																	
	<b>Erhöhung um:</b>																																																																		
1. Koordinierungsstelle für die berufliche Integration von Prostituierten	-																																																																		
2. Zuschüsse zu Maßnahmen für Frauen und Mädchen mit Behinderungen	-																																																																		
3. Zuschüsse zu Maßnahmen zur Aktivierung von Frauen in Schwerpunktbereichen der Frauenpolitik u.a. im ehrenamtlichen Bereich	+ 247.700																																																																		
CDU	nein																																																																		
SPD	Enth.																																																																		
GRÜNE	ja																																																																		
FDP	nein																																																																		

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (eventuell Begründung)	Abstimmungsergebnis
noch 9		<p><b><u>Begründung:</u></b></p> <p><b>Unterteil 1:</b> Wie im Entwurf der Landesregierung.</p> <p><b>Unterteil 2:</b> Wie in der Ergänzungsvorlage gegenüber dem Landeshaushaltsentwurf auf 163.000 € korrigiert</p> <p><b>Unterteil 3:</b> Veranschlagt u.a. zur Förderung von Frauenorganisationen und -projekten sowie von Vernetzung sowie u.a. zur Förderung der LAG kommunale Frauenbüros/Gleichstellungsstellen NRW und der Frauenrates NW e.V.</p>	

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (eventuell Begründung)	Abstimmungsergebnis																				
10		<p><b>Kapitel 15 035</b>      <b>Aufgabengebiet Gleichstellung von Frau und Mann</b>  <b>Titelgruppe 63</b>      <b>Maßnahmen zur Förderung der Gleichstellung von Frau und Mann in der Gesellschaft</b></p> <p><b>Titel 684 63</b>      <b>Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale und ähnliche Einrichtungen</b></p> <p>Erhöhung des Ansatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;"></td> <td style="text-align: center;"><b>2006</b></td> <td style="text-align: center;"><b>Ansatz lt. HH 2005</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">902.200 Euro</td> <td style="text-align: right;">1.140.300 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">238.100 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">1.140.300 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b>  Mit der Mittelerhöhung sollen die beabsichtigten Kürzungen zulasten der Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Frauenbüros und Gleichstellungsstellen vermieden werden. Die Kürzungen bei der Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Frauenbüros und Gleichstellungsstellen könnten nur durch Entgelterhebungen von den Büros und Stellen kompensiert werden. Wegen der dort ebenfalls knappen Finanzlage könnten dann wichtige Angebote zukünftig nicht mehr abgerufen werden, die Arbeit der Landesarbeitsgemeinschaft würde damit in weiten Teilen wirkungslos.</p>		<b>2006</b>	<b>Ansatz lt. HH 2005</b>	von	902.200 Euro	1.140.300 Euro	um	238.100 Euro		auf	1.140.300 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 70%;">CDU</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	ja	GRÜNE	ja	FDP	nein
	<b>2006</b>	<b>Ansatz lt. HH 2005</b>																					
von	902.200 Euro	1.140.300 Euro																					
um	238.100 Euro																						
auf	1.140.300 Euro																						
CDU	nein																						
SPD	ja																						
GRÜNE	ja																						
FDP	nein																						

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 11  
im Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales  
zum Haushaltsgesetz 2006**

Sachhaushalt

Anlage zu Vorlage 14/yyy

Lfd. Nr. des Antrags	Antrag- steller (Fraktion/ en)	Antrag (eventuell Begründung)	Abstimmungs- ergebnis												
	SPD	<p><b>Kapitel 11 080</b>      <b>Maßnahmen für das Gesundheitswesen</b>  <b>Titelgruppe 81</b>      <b>Gesundheitshilfe</b>  <b>Titel 684 81</b>        <b>Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale und ähnliche</b>  <b>Einrichtungen</b>  <b>Unterteil 5</b>        <b>Koordinierungsstellen Frau und Gesundheit in Köln und Bad</b>  <b>Salzfluren</b></p> <p>Erhöhung des Ansatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;"></td> <td style="width: 30%; text-align: center;"><b>2006</b></td> <td style="width: 30%; text-align: right;"><b>Ansatz lt. HH 2005</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">1.901.300 Euro</td> <td style="text-align: right;">2.177.700 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">160.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">2.061.300 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b>  Die Förderung der Koordinierungsstellen "Frau und Gesundheit" erfolgt auf der Grundlage eines einstimmigen Landtagsbeschlusses und steht im Einklang mit den Ergebnissen der Enquetekommission "Zukunft einer frauengerechten Gesundheitsversorgung in NRW". Mit der Einstellung der Förderung stehen die Koordinierungsstellen vor der Schließung.</p>		<b>2006</b>	<b>Ansatz lt. HH 2005</b>	von	1.901.300 Euro	2.177.700 Euro	um	160.000 Euro		auf	2.061.300 Euro		
	<b>2006</b>	<b>Ansatz lt. HH 2005</b>													
von	1.901.300 Euro	2.177.700 Euro													
um	160.000 Euro														
auf	2.061.300 Euro														

## Anlage zu Vorlage 14/yyy

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (eventuell Begründung)	Abstimmungsergebnis
		<p>Eine Schließung der Koordinierungsstellen noch vor der Verabschiedung des Landeshaushalts muss von den Mitgliedern des Landtages als Affront gegen die Grundsätze parlamentarischer Willensbildung aufgefasst werden. So lange der einstimmige Beschluss des Landtags nicht durch eine Mehrheitsentscheidung über den Haushalt aufgehoben wird, darf die Landesregierung keine Maßnahmen einleiten, die nicht - oder nur mit hohem finanziellen Aufwand - rückgängig gemacht werden können.</p> <p>Mit der Schließung würde eine mehrjährige Aufbauarbeit vernichtet, aufgebaute Netzwerke zerstört und damit die wichtigen Koordinierungsfunktionen aufgegeben. Zudem besteht auch heute noch ein dringender Bedarf, die Akteure im Gesundheitswesen für eine geschlechtsspezifische Auseinandersetzung mit Krankheitsbildern und deren Bekämpfung zu sensibilisieren. Nur eine kurzfristige Entscheidung kann die Koordinierungsstelle retten bzw. wiederbeleben, zu einem späteren Zeitpunkt wäre erneut erhebliche Aufbauarbeit erforderlich.</p> <p>Die Finanzierung für die ersten drei Monate ist dem Vernehmen nach aus den vorgesehenen Haushaltsmitteln gesichert. Für die weitere Finanzierung bedarf es einer Erhöhung um den anteiligen Jahresetat.</p>	

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 06  
im Ausschuss für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie  
zum Haushaltsgesetz 2006**

Sachhaushalt

Anlage zu Vorlage 14/yyy

Lfd. Nr. des Antrags	Antragssteller (Fraktion/en)	Antrag (eventuell Begründung)	Abstimmungsergebnis												
	SPD	<p><b>Kapitel 06 100      Hochschulen Allgemein</b>  <b>Titelgruppe 62      Frauenförderung</b>  <b>Titel 547 62        Sachliche Verwaltungsausgaben</b></p> <p>Erhöhung des Ansatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;"></td> <td style="width: 35%; text-align: center;"><b>2006</b></td> <td style="width: 35%; text-align: right;"><b>Ansatz lt. HH 2005</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">112.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">300.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">25.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">137.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b><u>Begründung:</u></b></p> <p>Mit der Mittelerhöhung sollen die beabsichtigten Kürzungen der Gleichstellungsstellen der Hochschulen und ihres landesweiten Zusammenschlusses zur LAKOF sowie des Netzwerks Frauenforschung abgemildert werden.</p> <p>Die Kürzungen würden den notwendigen Prozess der Chancenverbesserung in Hochschulen empfindlich verschlechtern und die Ausgangslage, um diesen gesellschaftlich notwendigen Prozess in den anstehenden neuen Zielvereinbarungen entsprechend zu verankern, schwächen.</p>		<b>2006</b>	<b>Ansatz lt. HH 2005</b>	von	112.000 Euro	300.000 Euro	um	25.000 Euro		auf	137.000 Euro		
	<b>2006</b>	<b>Ansatz lt. HH 2005</b>													
von	112.000 Euro	300.000 Euro													
um	25.000 Euro														
auf	137.000 Euro														

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 06  
im Ausschuss für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie  
zum Haushaltsgesetz 2006**

Personalhaushalt

Anlage zu Vorlage 14/yyyy

Lfd. Nr. des Antrags	Antrags- steller (Frakti- on/en)	Antrag (eventuell Begründung)	Abstimmungs- ergebnis												
	SPD	<p><b>Kapitel 06 100      Hochschulen Allgemein</b>  <b>Titelgruppe 62      Frauenförderung</b>  <b>Titel 429 62        Personalausgaben</b></p> <p>Erhöhung des Ansatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;"></td> <td style="width: 30%; text-align: center;"><b>2006</b></td> <td style="width: 30%; text-align: right;"><b>Ansatz lt. HH 2005</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">100.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">76.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">300.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">176.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b><u>Begründung:</u></b></p> <p>Mit der Mittelerhöhung sollen die beabsichtigten Kürzungen der Gleichstellungsstellen der Hochschulen und ihres landesweiten Zusammenschlusses zur LAKOF sowie des Netzwerks Frauenforschung abgemildert werden.</p> <p>Die Kürzungen würden den notwendigen Prozess der Chancenverbesserung in Hochschulen empfindlich verschlechtern und die Ausgangslage, um diesen gesellschaftlich notwendigen Prozess in den anstehenden neuen Zielvereinbarungen entsprechend zu verankern, schwächen.</p>		<b>2006</b>	<b>Ansatz lt. HH 2005</b>	von	100.000 Euro		um	76.000 Euro	300.000 Euro	auf	176.000 Euro		
	<b>2006</b>	<b>Ansatz lt. HH 2005</b>													
von	100.000 Euro														
um	76.000 Euro	300.000 Euro													
auf	176.000 Euro														